

LANDKREIS WITTENBERG

Kreistag – Jugendhilfeausschuss –



Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages Wittenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, den 21.06.2018
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Kreisverwaltung Wittenberg, Beratungsraum A1-01, Breitscheidstraße 4, 06886 Lutherstadt Wittenberg

Anwesend sind

Vorsitzende

Frau Corinna Reinecke Fraktion SPD

Ordentliches Mitglied

Herr Hubertus Baum Fraktion CDU
Herr Hans-Helmar Mordelt Fraktion AdB/AfD
Herr Enrico Schilling Fraktion CDU
Herr Tobias Baumgarte Vertretung KKJR (bis 19:00 Uhr)
Frau Cornelia Freygang Vertretung KKJR
Frau Christa Pettkus Vertretung KAG freie Wohlfahrtspflege (bis 19:00 Uhr)

Stellvertr. ordentl. Mitglied

Herr Stefan Kretschmar Fraktion FREIE WÄHLER (Vertretung für
Frau Barbara Qadduri Vertretung KAG freie Wohlfahrtspflege Frau Cornelia Birkner)
Herr Martin Weiner Fraktion DIE LINKE (Vertretung für
Frau Angelika Kelsch)

Beratendes Mitglied

Frau Gabriele Bösel Vertretung Landesschulamt
Frau Elisabeth Brose Vertretung Polizei
Frau Annette Fesser Vertretung Jobcenter Wittenberg
Herr Tobias Ulbrich Kreiselternervertretung

Stellvertr. beratendes Mitglied

Frau Katharina Louzek

Beratendes Mitglied Verwaltung

Herr Dr. Jörg Hartmann Leiter GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Umwelt
Frau Ute Helmchen Leiterin FD Jugend und Schule
Herr Markus Märker

Verwaltung

Frau Annett Engler-Hoffmann FD Jugend und Schule
Herr Peter Hänel FD Jugend und Schule
Frau Ramona Pabst FD Jugend und Schule
Frau Kathleen Schmarje Leiterin FD Organisation, IT und Personal
Frau Stephanie Seidig Stabsstelle Recht
Frau Lena Stepper FD Jugend und Schule
Frau Heike Garbacki Kinderschutzfachstelle
Frau Beate Wetzel FD Gesundheit
Frau Britt-Kerstin Bauspieß FD Gesundheit

Mitglieder Ausschuss Gesundheit und Soziales

Stellv. des Vorsitzenden

Herr Martin Weiner Fraktion DIE LINKE

weitere Mitglieder des AGS: hier namentlich nicht aufgeführt (Verweis auf Niederschrift AGS 21.06.2018)

Gast

Leiterin der Grundschule Nudersdorf

Entschuldigt fehlen:

Stellvertreterin d. Vorsitzenden

Frau Angelika Kelsch Fraktion DIE LINKE

Ordentliches Mitglied

Frau Cornelia Birkner Fraktion FREIE WÄHLER
Frau Petra Nickel Vertretung KAG freie Wohlfahrtspflege

Beratendes Mitglied

Frau Ramona Hoffmann Vertretung Amtsgericht
Frau Marina Ungureanu Vertretung Evang. Kirche
Herr Michael Werner Vertretung Einrichtung der Jugendhilfe

Stellvertr. beratendes Mitglied

Frau Dörthe Stein Vertretung Behindertenverband

Beratendes Mitglied Verwaltung

Frau Doris Schröter Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises
Frau Annette Steinkopf Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher

Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der fristgemäßen öffentlichen Bekanntmachung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 31.05.2018
4. Fragestunde für Kinder und Jugendliche / Einwohnerfragestunde
5. Kindergesundheit im Landkreis Wittenberg 2015 - 2017
6. Beratung der Beschlussvorlage
Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung zur Förderung sozialer Beratungsangebote - Fortschreibung Bedarfsplanung 2019 für den Landkreis Wittenberg
Vorlage: D 51/076/2018
7. Stellenplanung
 - 7.1. Beratung der Beschlussvorlage
Stellenplan 2018, Streichung der kw-Vermerke im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen
Vorlage: D 10/082/2018
 - 7.2. Beratung der Beschlussvorlage
Stellenplan 2019, Neueinrichtung einer Stelle im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen
Vorlage: D 10/083/2018
8. Beschluss
Förderung von Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung gem. Punkt 7.4 der "Richtlinie Jugendarbeit" im zweiten Halbjahr 2018
Vorlage: D 51/074/2018
9. Beschluss
Bestätigung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugend- und Jugendhilfsschöffen für die Periode vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 (Ergänzungsbeschluss)
Vorlage: D 51/077/2018
10. Beschluss
Förderung von Verwaltungs- und Sachkosten für die Tätigkeit der Bildungsreferentin
Vorlage: D 51/078/2018
11. Bericht der Unterausschüsse Jugendhilfeplanung und Kinderförderungsgesetz zum Arbeitsstand und über aktuelle Projekte
12. Informationen aus der Verwaltung
13. Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses

Protokoll

Anmerkung: Die Sitzung des JHA findet aufgrund gemeinsam zu behandelnder Themen mit dem Ausschuss Gesundheit und Soziales statt.

- Moderation der gemeinsamen Themen: Frau Reinecke
- Abstimmungen zu den Beschlussvorlagen: getrennt nach Ausschüssen

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der fristgemäßen öffentlichen Bekanntmachung

Frau Reinecke eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt für die Sitzung fest:

- ordnungsgemäße Ladung: Versendung der Unterlagen per Kurier am 11.06.2018
- Beschlussfähigkeit: 10 von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern anwesend
- fristgemäße öffentliche Bekanntmachung: im Amtsblatt für den Landkreis Wittenberg am 09.06.2018

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

- Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 31.05.2018

- Die Niederschrift wird mehrheitlich bei 3 Enthaltungen bestätigt.

zu 4 Fragestunde für Kinder und Jugendliche / Einwohnerfragestunde

- s. gesonderte Niederschrift

zu 5 Kindergesundheit im Landkreis Wittenberg 2015 - 2017

Frau Wetzel berichtet anhand einer Präsentation zur Kindergesundheit.

Schwerpunkt: aktuelle Daten der Einschüler 2018 und der Schulreihenuntersuchungen 6. Klasse; Ergebnisse, Screeningbefunde, Auswertung und Vergleich der Jahre 2015 bis 2017, Betrachtungen zum Sozialstatus

Frau Wetzel: In den Kitas muss der Grundstein für eine gesunde Ernährung gelegt werden, u. a. durch Projekte zum Erwerb von Verhaltensstrategien. Erste Projekte durch den Landkreis, z. B. „Gesundes Frühstück“ oder „Zuckerfreier Vormittag“ und die Projekte der Krankenkassen unterstützen im Kampf gegen das Übergewicht.

Empfehlungen des FD Gesundheit:

- Möglichkeit der einheitlichen gesunden Mischkost für Kitas und Schulen,
- Aufstellen von Wasserspendern in Kitas, Grund- und Sekundarschulen (siehe „Trink-Fit-Studie“),
- Verbot des Verkaufs von zuckerhaltigen Getränken in den Schulen,
- Aufnahme von entsprechenden Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in LEQ-Vereinbarungen.

- **Präsentation: s. Amts- bzw. Ratsinformationssystem**

Diskussion

Herr Ulbrich: *Woher kommt die starke Zunahme bei den Problemen der Grob-motorik und den Haltungsschäden?*

Antwort: Gründe sind u. a. überbehütetes Aufwachsen der Kinder, weniger Bewegung, unterschiedliche Gewichtungen und Testungen.

Herr Mordelt: *Gibt es erkennbare Unterschiede bei den sozialen Schichten?*

Antwort: In einer nächsten Präsentation werden die Unterschiede der sozialen Schichten und körperlichen Defizite dargestellt.
Beim Förderbedarf erkennt man eine deutliche Erhöhung bei niedrigem Sozialstatus.

Herr Kretschmar befürwortet die Idee der Getränkespender in den Schulen. Diese sollten als Grundbedürfnis kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Er empfiehlt:

- ❖ In den Grundschulen sollte mehr Wert auf entsprechenden Unterricht, wie Werken, Schulgarten, Sport etc., gelegt werden. Aus dem JHA sollte man diese Erkenntnis weitergeben an das Land oder das Schulverwaltungsamt.
- ❖ Für die nächste Präsentation sollte man Schulen miteinander verglichen, in denen die genannten Fächer verstärkt unterrichtet werden (falls es das gibt) und ob Unterschiede in der Entwicklung zu erkennen sind.

Herr Rußbült: *Was muss unternommen werden, um die Ernährungsstandards in den Kitas zu erreichen?*

Antwort: Erarbeitung von Qualitätsstandards nach den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und Aufnahme in den LEQ-Vereinbarungen in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Herr Schilling, Herr Monecke: Die Aufnahme solcher Standards in LEQ-Vereinbarungen ist praktisch nicht umsetzbar. Zum Schluss entscheidet das Elternkuratorium, beispielsweise auch, wenn es um den Essenanbieter geht.

- ❖ Herr Schilling: Der Vertreter der Kreiselternvertretung sollte das Thema mit in die Konferenzen der Kreiselternvertretung bis hin zu den Gemeindeelternvertretungen nehmen um zu klären, ob die Kuratorien willens sind, ihre diesbezügliche Entscheidungskompetenz abzugeben.

Herr Ulbrich:

- Für Sport in den Kitas fehlen oft die Rahmenbedingungen.
- Das Thema Motorik muss präsenter sein.
- Thema gesundes Essen: Die meisten Eltern sind durchaus bereit für Veränderungen, allerdings fehlen oft die passenden Anbieter.
- entsprechende Anpassung der Qualitätskriterien

zu 6

Beratung der Beschlussvorlage

Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung zur Förderung sozialer Beratungsangebote - Fortschreibung Bedarfsplanung 2019 für den Landkreis Wittenberg

Vorlage: D 51/076/2018

Herr Hänel: Darstellung der Integrierten Sozial- und Jugendhilfeplanung zur Förderung sozialer Beratungen im Landkreis Wittenberg anhand einer Präsentation; Schwerpunkt: Entwicklung der Beratungsangebote in der Praxis in der Zeit von 2016 bis 2018

- Angebotsstruktur – Darstellung von Effekten und Veränderungen 2018 zu

2016

- statistische Erhebungen
- Beratungsstellen - regionale Vergleiche
- Bedarfsplanung 2019 für:
Erziehungs- und Familienberatung, Suchtberatung, Schwangerenberatung
sowie Schuldnerberatung, mobile Suchtprävention, Frühe Hilfen
- Schwachpunkte; Ziele; weitere Verbesserungsmöglichkeiten

- **Präsentation: s. Amts- bzw. Ratsinformationssystem**

Abstimmung

Beschlussvorschlag

Der Kreistag des Landkreises Wittenberg beschließt die als Anlage beigefügte „Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung zur Förderung sozialer Beratungsangebote - Fortschreibung Bedarfsplanung 2019“ für den Landkreis Wittenberg - mit Stand vom 31.05.2018.

→ **Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

zu 7 Stellenplanung

**zu 7.1 Beratung der Beschlussvorlage
Stellenplan 2018, Streichung der kw-Vermerke im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen
Vorlage: D 10/082/2018**

**zu 7.2 Beratung der Beschlussvorlage
Stellenplan 2019, Neueinrichtung einer Stelle im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen
Vorlage: D 10/083/2018**

Die TOP 7.1 und 7.2 werden im Zusammenhang behandelt.

Frau Schmarje: Erläuterungen zu den Beschlussvorlagen mit Darlegung der Notwendigkeit der Sachbearbeiterstellen und der damit verbundenen Sicherstellung der Aufgaben, die sich durch die Novellierung des Unterhaltsvorschussgesetzes und Auswirkungen auf die Fallzahlen ergeben haben.

- Hinweis auf JHA am 22.06. und 31.08.2017 (mit Prognose zum Stellenbedarf)
- Fallzahlen deutlich erhöht (aktuell ca. 2500 Fälle)
- Prüfung des tatsächlichen Stellenbedarfs → Bedarfe nachweislich vorhanden

Zur Erfüllung der Aufgaben wird um Zustimmung zu den Vorlagen gebeten.

Diskussion

Frau Freygang: Was ist mit den Stellen, wenn die Fallzahlen zurückgehen?

Antwort:

- jährliche Überprüfung der Stellenbedarfe im Rahmen der Stellenplangespräche; Reduzierung bei Notwendigkeit und Einsatz in anderen Bereichen, z. B. wenn Mitarbeiter aufgrund des Alters ausscheiden

Herr Kretschmar: Eigentlich sollten ja die bisherigen Stellenüberhänge auf diese Weise abgebaut und keine Neueinstellungen vorgenommen werden. Die jetzige Vorgehensweise wird nie zu einem Stellenabbau führen.

Herr Dr. Hartmann: Wenn in Stellenplangesprächen erkennbar wird, dass Aufgaben zurückgehen, gibt es die Möglichkeit, Mitarbeiter zu entlassen oder für Aufgaben einzusetzen, wo sich ein Bedarf abzeichnet. Eine solche Umsetzung ist auch immer eine Stellenreduzierung.

Herr Kretschmar: Es geht darum, irgendwann im Landkreis ein Personalkonzept mit dem Ziel zu entwickeln, den Personalbestand zu durchforsten, Vernetzungen zu erkennen, Potentiale auszuschöpfen, Umsetzungen vorzunehmen und somit Spareffekte zu erzielen. Um diesem Ansinnen Nachdruck zu verleihen, wurden an einigen Stellen durch KT-Beschluss Sperrvermerke angebracht.

Herr Rußbült (AGS): Für die KT-Mitglieder ist kaum nachzuvollziehen, ob und wo sich personell in der Verwaltung etwas bewegt, wo Umsetzungen zwischen den Bereichen, so wie beschrieben - erfolgen. Es fehlt die Transparenz. Diese ist wichtig, damit die Entwicklung erkennbar wird und dem zusätzlichen Personalbedarf mit ruhigem Gewissen zugestimmt werden kann.

Herr Schilling: Aus seiner Sicht hat sich für den Landkreis keine Aufgabe verändert, allenfalls die Qualität und die Fallzahlen. Es kann nicht sein, dass bei steigenden Fallzahlen immer wieder unbefristete Stellen hinzukommen.

Herr Dr. Hartmann: Das UVG ist eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises und somit keine Angelegenheit der Kommunen über die Kreisumlage, sondern eine Sache des Landes, die über die Auftragskostenerstattung zu regeln ist. Hierzu wird es durch das Land eine Evaluierung geben.

Bei der HH-Planung 2019 wird erkennbar sein, dass die Stellen, die zur Aufgabenerledigung erforderlich sind, kompensiert werden durch andere Stellen.

Frau Schmarje: Ergebnis aller intensiven Gespräche in der Verwaltung nach dem KT-Beschluss, auch der Stellenplangespräche mit allen Fachbereichen, ist, dass gegenüber den 12 Stellenerhöhungen aus dem letzten Jahr voraussichtlich eine Reduzierung des Stellenplanes in Höhe von 8 VbE realisiert werden kann. Notwendige Stellen werden in der Regel vor einer externen Ausschreibung zunächst intern ausgeschrieben. Derzeit wird daran gearbeitet, das Personalentwicklungskonzept mit all seinen Facetten fortzuschreiben.

Frau Helmchen

- zur Entwicklung der Fallzahlen: Derzeit kann man nicht von einem Rückgang ausgehen.
- Wenn die Befristungen für diese Stellen gesetzt bleiben, sind die Stellen für den Landkreis weg und stehen dem Jugendamt nicht mehr zur Verfügung. Folge: Die Fälle können nicht mehr fristgerecht bearbeitet und Leistungen nicht mehr zeitnah gezahlt werden.
 - Die Stellen werden aktuell und perspektivisch unbedingt benötigt.

Abstimmung zu TOP 7.1

Beschlussvorschlag

Der Kreistag des Landkreises Wittenberg beschließt aufgrund wachsender Aufgaben gemäß des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern allein-stehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UVG) die Streichung der mit Beschluss vom 20. November 2017 angebrachten kw-Vermerke auf zwei Stellen Sachbearbeiter

Unterhaltsvorschuss im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen.

→ **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**
(5 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)

Abstimmung zu TOP 7.2

Beschlussvorschlag

Der Kreistag des Landkreises Wittenberg beschließt aufgrund wahrzunehmender Aufgaben gemäß des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern allein-stehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UVG) die Neueinrichtung einer zusätzlichen unbe-fristeten Stelle als Sachbearbeiter Unterhaltsvorschuss im Fachdienst Jugend und Schule, Abteilung Kindschaftsrecht und Finanzen im Stellenplan 2019.

→ **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**
(5 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)

- 19:00 Uhr: Frau Pettkus und Herr Baumgarte verlassen die Sitzung.

zu 8

Beschluss

Förderung von Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung gem. Punkt 7.4 der "Richtlinie Jugendarbeit" im zweiten Halbjahr 2018
Vorlage: D 51/074/2018

Frau Pabst: Erläuterungen zur Beschlussvorlage

Abstimmung

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt gem. Punkt 7.4 der Richtlinie Jugendarbeit, die Kinder- und Jugenderholungsmaßnahme vom 25. Juli bis 06. August 2018 (Entdeckerfreizeit Kroatien) der evangelischen Jugend im Evangelischen Kir-chenkreis Wittenberg mit maximal 18 Jugendlichen und 2 Betreuern zu fördern.

Die Gesamtförderung durch diesen Beschluss erfolgt gemäß Antrag in Höhe von maximal **945,00 Euro**.

→ **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**
Beschluss Nr.: V/75-42/2018

zu 9

Beschluss

Bestätigung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugend- und Jugend-hilfsschöffen für die Periode vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 (Ergänzungsbe-schluss)
Vorlage: D 51/077/2018

Frau Seidig: Erläuterungen zur Beschlussvorlage

- Hinweis darauf, dass der heutige Beschluss eine Ergänzung des JHA-Beschlusses vom 31.05.2018 (V/72-41/2017) darstellt.
Grund: Die Listen für den Einzugsbereich des Amtsgerichtes Zerbst beinhal-ten noch nicht die notwendige Zahl von Bewerber/innen.
Nach intensiven Bemühungen der Verwaltung konnten weitere Bewer-

ber/innen gewonnen werden bzw. wurden teilweise verpflichtet.

- Nach dem heutigen Beschluss werden die Listen in der 26. KW fristgemäß zur Einsichtnahme im FD Jugend und Schule ausgelegt und danach dem Amtsgericht Wittenberg, dem Amtsgericht Zerbst und dem Landgericht Dessau übergeben.

Abstimmung

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Wittenberg stimmt den Vorschlagslisten für die Wahl zu Jugendschöffen bzw. Jugendhilfsschöffen (Stand vom 21.06.2018) in Ergänzung zum Beschluss vom 31.05.2018, Beschluss Nr. V/72-41/2018 zu.

**→ Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen
Beschluss Nr.: V/76-42/2018**

zu 10

Beschluss

Förderung von Verwaltungs- und Sachkosten für die Tätigkeit der Bildungsreferentin

Vorlage: D 51/078/2018

Frau Reinecke, Frau Pabst: Erläuterungen zur Beschlussvorlage

Anmerkung: Anregung und Befürwortung der Förderung durch den Unterausschuss Jugendhilfeplanung

→ **Mitwirkungsverbot: Frau Freygang** (Sie enthält sich bei der Abstimmung.)

Abstimmung

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Wittenberg beschließt für das Jahr 2018 auf Antrag des Kreiskinder- und Jugendringes Wittenberg e.V. die Erhöhung der jährlichen Verwaltungs- und Sachkosten für die Tätigkeit der Bildungsreferent/in um **700,00 Euro/Jahr**.

Abweichend von der Richtlinie Jugendarbeit werden damit die Verwaltungs- und Sachkosten für diese Fachkraft von maximal 800,00 Euro/Jahr auf maximal 1.500,00 Euro/Jahr erhöht.

**→ Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (1 Enthaltung)
Beschluss Nr.: V/77-42/2018**

zu 11

Bericht der Unterausschüsse Jugendhilfeplanung und Kinderförderungsgesetz zum Arbeitsstand und über aktuelle Projekte

Anmerkung: Die Vorsitzenden beider Unterausschüsse fehlen entschuldigt.

Frau Reinecke für den UA KiFöG:

- UA-Sitzung am 14.06.2018

Thema: Referentenentwurf des KiFöG → Ziel: Entwicklung einer Stellungnahme für die Landesebene durch den Ausschuss (entsprechende Beratung im Anschluss an die Arbeitsberatung zum Haushalt vorgesehen)

Frau Helmchen: Die Verwaltung hat nach Aufforderung durch den Landkreistag

eine Stellungnahme zu dem Entwurf mit Hinweisen auf überarbeitungswürdige fachliche und finanzielle Aspekte abgeben.

Herr Schilling erachtet es für wichtig, in die Stellungnahme des Ausschusses die Rückgabe der Aufgabe der Bereitstellung der Kinderbetreuung vom Landkreis an die Städte und Gemeinden aufzunehmen. Dadurch würde sich der Arbeitsaufwand für das Jugendamt erheblich reduzieren.

Frau Reinecke zum UA JHPI:

Schwerpunkt Schulsozialarbeit: Vorsorglich konnte kein Beschluss auf die Tagesordnung des heutigen JHA genommen werden, da die Entscheidung des Kreistages am 18.06.2018 bei der Erstellung der Einladung noch nicht bekannt war.

zu 12 Informationen aus der Verwaltung

Frau Helmchen:

- Erstellung einer Broschüre „*Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen LK Wittenberg*“ mit Angaben zur Jugendhilfeplanung durch den FD Jugend als Orientierung für alle Interessierten (Verteilung an Kommunen, Träger der Einrichtungen, Elternvertretungen, Gremien etc.)

- Thema Finanzierung der Schulsozialarbeit:
Es haben sich zwei neue unterschiedliche Sachlagen ergeben:
 1. KT-Beschluss vom 18.06.2018 → Verwendung von ca. 153.000 Euro aus Revisionsmitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes (Restmittel aus dem Haushalt 2017) zusätzlich für die Schulsozialarbeit, zu den bereits beschlossenen 400.000 Euro
 - Aufteilung dieser 153.000 Euro auf drei Jahre, so dass pro Jahr 53.000 Euro zur Verfügung stehen, was ca. 1 Vollzeitstelle Schulsozialarbeit ausmacht
 2. Sachlage ESF-Förderung: Förderung einer Sozialarbeiterstelle an der Grundschule „Geschwister Scholl“ mit ESF-Mitteln, die bis jetzt über Mittel des Landkreises gefördert wurde.
D. h., der Landkreis stellt zum 01.08.2018 seine Finanzierung ein. Im Gegenzug können diese Mittel neu vergeben werden.
 - Hinweis auf Antrag der Grundschule Nudersdorf, der auch Thema im UA JHPI war. → Beschluss im UA: Durchführung einer aktuellen Bedarfsanalyse als Grundlage einer Entscheidung über den Antrag und somit Verwendung der frei gewordenen Mittel.
 - Verteilung einer Tischvorlage Information zur Schulsozialarbeit zur Verdeutlichung des Sachverhaltes → Erläuterungen dazu durch Frau Helmchen, insbesondere zur Ermittlung der Priorität
(im Amts- bzw. Ratsinformationssystem eingestellt)
 - Notwendig ist eine Neubewertung der Bedarfe.
 - Für eine Entscheidung über die Verteilung der Fördermittel ist eine außerplanmäßige JHA-Sitzung notwendig.

Ergänzung durch Herrn **Dr. Hartmann**:

Weitere Bedarf sind angemeldet: Sozialraum Annaburg, Geschwister-Scholl-Schule (zusätzlich zur ESF-Förderung)

Frau Freygang spricht sich für die Förderung der Sozialarbeit an der GS Nudersdorf aus (Begründung: Nachhaltigkeit).

Herr Schilling verweist darauf, im Sinne der Wertigkeit der Verstetigung nicht

von der gesetzten Priorität abzuweichen.

Frau Reinecke stellt den **Antrag** auf Anhörung der Schulleiterin der GS Nudersdorf.

→ **Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt**

Herr Ulbrich: Der Bedarf nach Schulsozialarbeit wird weiter ansteigen. Er weist auf die besondere Situation an der Geschwister-Scholl- und der Käthe-Kollwitz-Schule hin. Es sollte geprüft werden, ob Stellen gesplittet werden können und somit der Einsatz an verschiedenen Schulen möglich ist.

Schulleiterin GS Nudersdorf: Erläuterungen zur Situation an der Grundschule, bisherige Ergebnisse der Schulsozialarbeit, aktuelle Probleme und Begründung der Notwendigkeit der Weiterführung der Schulsozialarbeit.

Frau Reinecke

Fazit: Es gibt eine Beschlusslage, über die zu entscheiden ist.

Vorschlag für den Termin einer außerplanmäßigen JHA-Sitzung: **12.07.2018**

Die Mitglieder werden gebeten, auf die Beschlussfähigkeit zu achten und bei Verhinderung ihre Vertreter/innen zu entsenden.

Herr Ulrich: In Vorbereitung auf diese Sitzung sollten die Bedarfe und die Situationen weiterer Schulen aktuell aufgearbeitet werden.

Vorschlag Herr Kretschmar: Zusammenlegung der Termine 05.07. (Haushaltsberatung) und 12.07. (JHA).

Entscheidung: **Beide Sitzungen werden auf den 12.07.2018 terminiert.**

16:00 Uhr: JHA-Sitzung

17:00 Uhr: Arbeitsberatung zum Haushalt

(Der Termin 05.07.2018 entfällt somit.)

zu 13 **Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses**

➤ keine Anfragen

Die Sitzung wird beendet.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung. (Bestätigt im JHA am 30.08.2018.)

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.18



Reichel
Protokollantin



Corinna Reinecke
Ausschussvorsitzende

Anlage

Niederschrift Einwohnerfragestunde